

Lesen Sie, worüber andere Zeitungen noch nicht berichten...

## Lebenswert und liebenswert: Vorschläge für Braunschweig

### Oker im Burggraben

Die Oker fließt bekanntlich unterirdisch unter der Braunschweiger Innenstadt hinweg. Es ist daher relativ leicht, einen Durchstich von der Münzstraße zum Okergraben an der Burg Dankwarderode zu gestalten. Dies würde die Innenstadt erheblich aufwerten. Und um schon einen Einwand vorweg zu nehmen: Eine Beflüsung des Burggrabens führt zu keiner Mückenplage in der Innenstadt, weil die Oker ein fließendes Gewässer ist.

### Fahrradweg durch die Innenstadt

Die Fußgängerzone bietet immer wieder Anlass zum Streit zwischen Fußgängern und regelwidrig fahrenden Fahrradfahrern. Dieses Problem kann einfach beseitigt werden, indem in der Fußgängerzone Fahrradstreifen ausgewiesen werden – einer in Nord-Süd-Achse und einer in Ost-West-Achse. Dies würde auch die Attraktivität der Fußgängerzone für Fahrradfahrer erhöhen.

### Street-Art-Festival

Es gibt viele exzellente Straßenkünstler, die zeigen, dass Fußwege nicht nur zum Begehen gut sind, sondern auch Platz für Kunst bieten. Ein Straßenkunstfestival würde an einem Wochenende die Innenstadt beleben und wäre gleichzeitig ein schöner Anblick. Das Stadtmarketing wird mit der Organisation beauftragt.

### Kulturvollzugsanstalt Rennelberg

Um die Probleme in der Kulturszene zu lösen, brauchen wir neue Ideen. Die JVA Rennelberg wird bald schließend und bietet genug Räume, um Bedürfnisse zu Kulturszene zu befriedigen. Möglich wären dort: **a) VVA** – Die Veranstaltungsvollzugsanstalt: Ein Veranstaltungsort für Theatergruppen und regionale Konzerte wird im Rennelberg geschaffen. Größe: für ca. 200 bis 300 Zuschauer. **b) MVA** – Die Musikvollzugsanstalt: In einem Trakt des ehemaligen Gefängnisses entstehen Proberäume für Bands und ein offenes Tonstudio. **c) GVA** – Die Genussvollzugsanstalt: Es wird eine Gastro geschaffen, die auch ein Treffpunkt ist. In der Gastro finden auch kleinere Kulturveranstaltungen wie Ausstellungen und Unplugged-Konzerte statt. **d) WVA** – Die Wohnvollzugsanstalt: In einem Trakt entstehen günstige Wohnungen für Studenten. Evt. auch günstige Übernachtungsmöglichkeiten für Kulturreisende oder ein Künstlerhotel. **e) KVA** – Die Kunstvollzugsanstalt: Es werden Ateliers geschaffen und Räume für Ausstellungen. Betrieben wird dann das Rennelberg von einem Verein (Freie Trägerschaft!), in dem möglichst viele unterschiedliche Kulturschaffende und Kulturgruppen der Stadt beteiligt sind. Im Gegensatz zum Neubau eines soziokulturellen Zentrums ist die Rennelberg-Lösung günstig, weil kein neues Gebäude errichtet werden muss. Die kleinteilige

...weiter auf Seite 6

Ihr Oberbürgermeister-Kandidat:

## Dr. Dr. Wolfgang Büchs

BÜRGER **B·I·BS**  
INITIATIVE  
BRAUNSCHWEIG



**Dr. Dr. habil. Wolfgang Büchs** verheiratet, zwei Kinder, Ökologe, Wissenschaftler am JKI – Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen, seit 2004 Bürgerinitiative Flughafen, aktiv im AK Biologische Vielfalt und der Gesellschaft für Ökologie, seit 2006 bei der BIBS. Es ist Zeit für einen Politikwechsel! Bürger sollen ihre Stadt mitgestalten.

Mit den Bürgern für die Bürger

## Direkte Demokratie – Wie funktioniert der Bürgerhaushalt?

**Bis zum 7. Mai 2014 kann man Vorschläge einbringen.**

**2015 gibt es in Braunschweig erstmalig einen Bürgerhaushalt; alle Bürger können sich mit Vorschlägen an den Haushaltsberatungen beteiligen. Gesucht werden drei Arten von Vorschlägen:**

- Wo soll gespart werden?
  - Wofür soll das öffentliche Geld ausgegeben werden?
  - Wie kann die Stadt Geld einnehmen?
- Der Kreativität sind bei den Vorschlägen kaum Grenzen gesetzt, so kann man zum Beispiel Vorschläge für Um-

welt, Soziales, Kultur, Verkehr, Abgaben, Bürgerbeteiligung, Sport und Schulen einreichen. Die Vorschläge können entweder die gesamte Stadt betreffen oder nur einen Stadtbezirk. Für gesamtstädtische Vorschläge gibt es keine Höchstgrenze, für bezirkliche Vorschläge beträgt die Höchstgrenze je nach Größe des Stadtbezirkes entweder 1000 € oder 2500 €. Das Verfahren funktioniert ganz einfach. Zunächst registriert man sich auf der folgenden Homepage: [www.bs-mitgestalten.de](http://www.bs-mitgestalten.de)

**Bis zum 7. Mai 2014 kann man dort Vorschläge einbringen.**

Vom 7. Mai bis zum 7. Juli kann man die eingebrachten Vorschläge kommentieren und bewerten. Nach dem 7. Juli prüft die Verwaltung die 75 am besten bewerteten Vorschläge auf ihre Umsetzbarkeit und anschließend werden sie dem Stadt- bzw. Bezirksrat zum Beschluss vorgelegt.

Damit der Bürgerhaushalt ein Erfolg wird, kann man nur empfehlen: *Einloggen! Idee formulieren! Mitwählen!*

## OB-Kandidaten diskutieren über „Wohnen in Braunschweig“

**Die Entwicklungen auf dem Braunschweiger Mietwohnungsmarkt sind Besorgnis erregend. Bezahlbarer Mietwohnraum fehlt zunehmend. Für einkommensschwächere Menschen wird es immer schwieriger eine bezahlbare Wohnung zu finden.**

Besonders Obdachlose, aber auch kinderreiche Familien und Alleinerziehende werden vom Wohnungsmarkt ausgeschlossen. Auch die Versorgung von Studierenden ist nicht mehr gewährleistet. Bedarfsgerechter Wohnraum für seniore- und behindertengerechtes Wohnen fehlt. Der Wunsch nach alternativen Formen gemeinsamen Wohnens artikuliert sich und fordert eine praktische Umsetzung. Die Schaffung und der Erhalt bezahlbaren Wohnraums wird

die Herausforderung für die nächsten Jahre darstellen, gerade da davon ausgegangen werden muss, dass Großstädte wie Braunschweig weiter wachsen werden. Die Sanierung des Wohnungsbestands darf nicht mit einer Luxussanierung und erheblichen Mieterhöhungen einhergehen.

**Deshalb laden wir Sie gemeinsam zu unserer öffentlichen Diskussionsveranstaltung ein:**

Montag, den 19. Mai 2014 um 19.00 Uhr, Kinder- und Familienzentrum Schwedenheim, Hugo-Luther-Str. 60 mit den Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl.

Stadtteilkonferenz Westliches Ringgebiet/Süd Netzwerk Gemeinsam Wohnen Initiative Notruf Wohnraum

## WARUM BÜCHS WÄHLEN?

Wussten Sie?

Es gibt zwei Wahlgänge! Im Ersten, am 25. Mai, treten 6 Kandidaten an - keiner mit der Chance, über 50% der abgegebenen Stimmen zu erhalten. Daher kommt es am 15. Juni zur Stichwahl zwischen den beiden Erstplatzierten.

## Angriffe auf Mahnwache in Thune Seite 2



## Giftblase in der City Seite 3



## Schadensbilanz 13 Jahre Hoffmann ausgewundert...

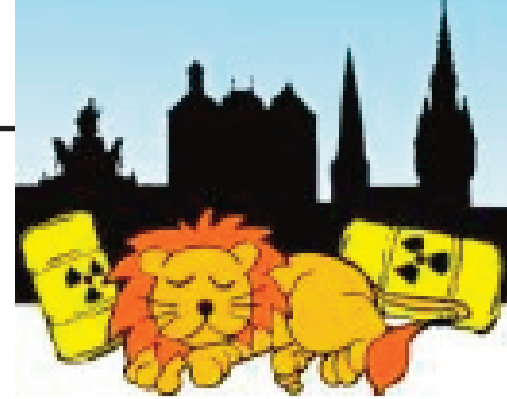
Seiten 4 und 5



## ADAC-Flüge, „Herr Manlik, treten Sie zurück“ Seite 8



## Täuscht CDU-Kandidat Bürger beim Hortentunnel? letzte Meldung Seite 8



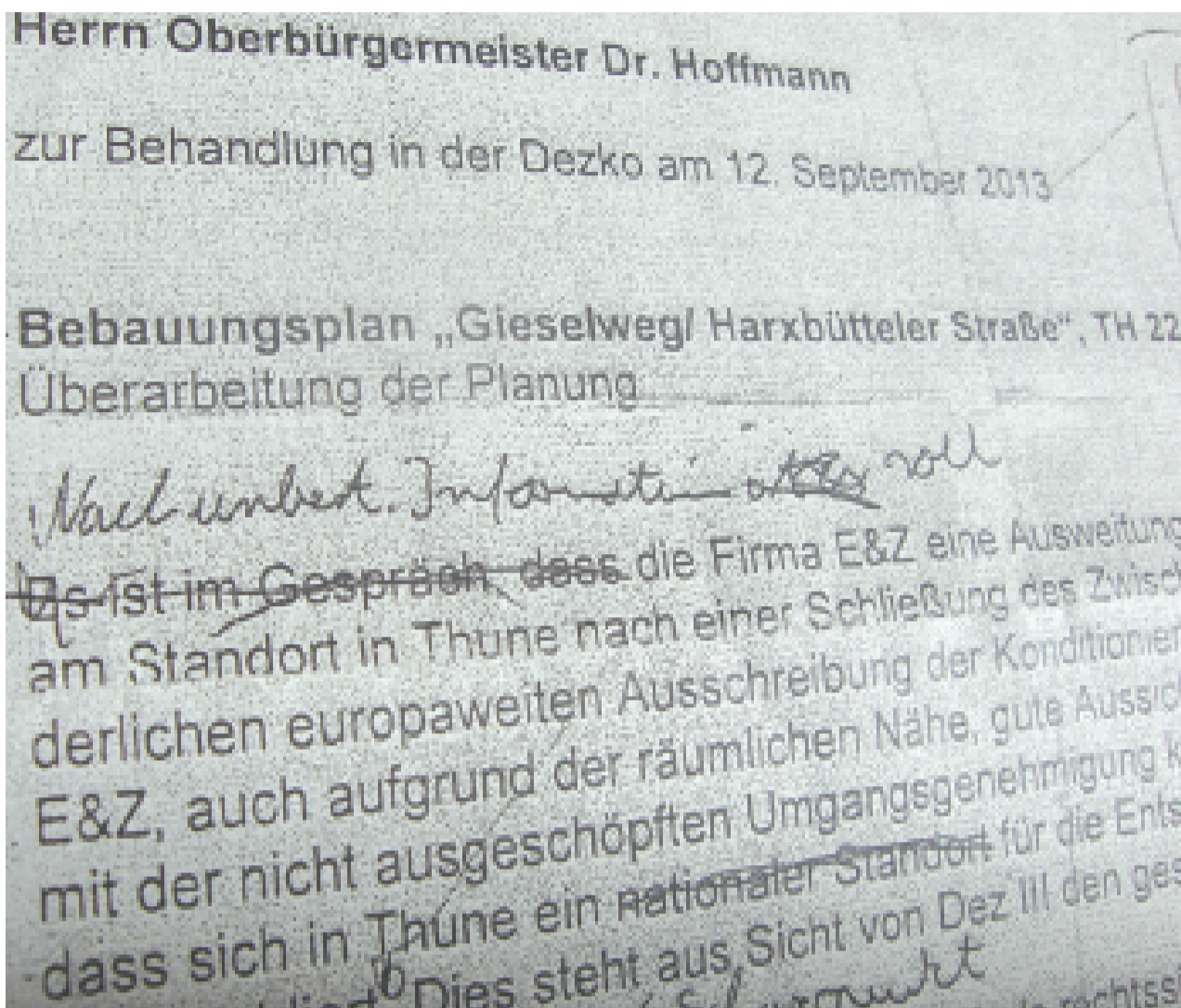
# Braunschweig bald nationales Zentrum für atomaren Müll?

Eine Dezernentenrunde Mitte September 2013 beschäftigte sich mit der grundsätzlichen Marschrichtung; da heißt es in einem Arbeitspapier des federführenden Dezernats III, „die Firma Eckert & Ziegler [avisiere] eine Ausweitung der Konditionierung radioaktiver Abfälle am Standort Thune“ und im Hinblick nach einer Schließung des Sammel-lagers in Leese:

„In Verbindung mit der nicht ausgeschöpften Umgangsgenehmigung kann somit nicht ausgeschlossen werden, dass sich in Thune ein nationaler Standort für die Entsorgung radioaktiver Abfälle etabliert.“

## Mit Auto gegen Mahnwache

Am 11.4.2014 gab es einen Vorfall durch einen schnell auf die Versammlung zusteuenden Pkw eines Mitarbeiters der Firma Eckert & Ziegler. Der Fahrer steuerte mit Vollgas auf die Teilnehmer der Mahnwache zu und bremste im allerletzten Moment, so dass er einen Teilnehmer mit seinem Spiegel an der Jacke touchierte. Dies ist ein tätlicher Angriff und wurde zur Anzeige gebracht! Daneben gab es noch andere Versuche, die täglichen Mahnsirenen vor dem Gelände zum Schweigen zu bringen!



## Misstände:

- Die Stadt Braunschweig hat die Firma Eckert & Ziegler aufgefordert, die baurechtlich illegal auf dem „Buchler“-Gelände stehenden, auch mit radioaktivem Abfall gefüllten, Container abzutransportieren. Stattdessen werden weitere Container auf dem Gelände aufgestapelt. Die Container stellen faktisch ein Zwischenlager dar, obwohl hier in Braunschweig offiziell kein atomares Zwischenlager genehmigt ist.
- Rostige radioaktive Fässer in der Niedersächsischen Landessammelstelle in Leese oder in atomaren Zwischenlagern haben gerade in letzter Zeit zu viel Aufregung und notwendigen Nachbesserungen in den Deutschen Zwischenlagern geführt. In Braunschweig-Thune bei der Firma Eckert & Ziegler lagern rostige Fässer direkt hinter den Lagerhallen. Dass solche Fässer mit Blei verkleidet werden ist normalerweise nicht üblich, weil sonst die Art des radioaktiven Inhaltes der Fässer nur durch Öffnen der Fässer festgestellt werden kann. In Braunschweig-Thune bei der Firma „Eckert & Ziegler“ und ihrem Vorgänger „AEA Technology“ scheint dies aber üblich zu sein.

## Umweltministerium in Thune machtlos

Trotz verbesserter Strahlenüberwachung des „Buchler“-Geländes, auf dem „Eckert & Ziegler“ die Atom-müll-Verarbeitung und -Verpackung



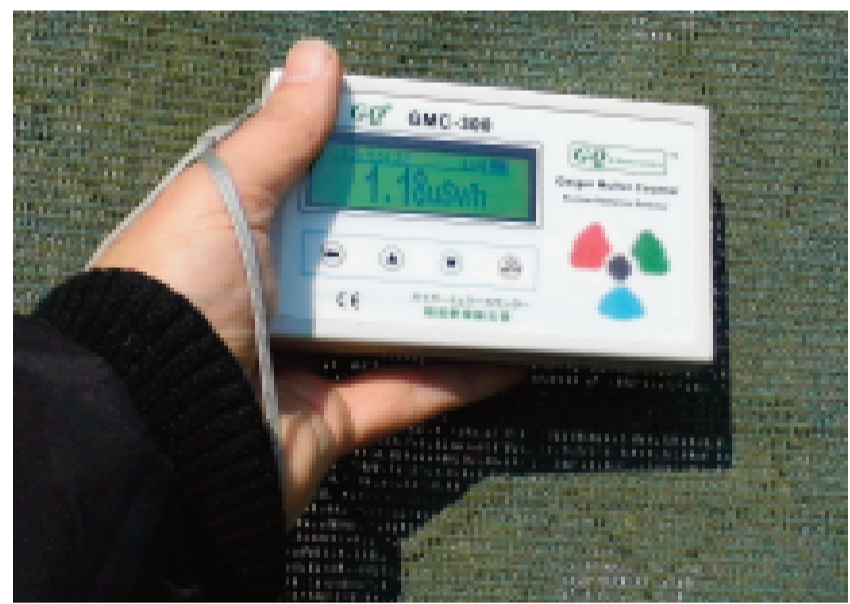
durchführt, werden weiterhin höchste Strahlungswerte am Zaun gemessen.

Am 27. März 2014 machte die BISS im Beisein eines Reporters ihren üblichen Rundgang um das „Buchler“-Gelände und die mit radioaktiven Stoffen arbeitenden Bereiche von „Eckert & Ziegler“. Eigentlich wollten wir dem Reporter die schwer vorstellbare Situation mit der räumlichen Nähe zu Schulen, Kindergärten, Jugendzentrum und Wohngebieten Vorort zeigen, weil darüber reden nicht so eindrucksvoll ist wie die Realität. Der Rundgang führte entlang der vom Ministerium für diese Atomanlage offiziell festgelegten Messpunkte. Die Messwerte an den offiziellen Messpunkten, die wir mit unserem Geigerzähler gemessen haben, waren nur leicht erhöht, wohingegen

eine Stelle zwischen den offiziellen Messpunkten einen 15fach überhöhten Messwert zur natürlichen Hintergrundstrahlung aufwies.

Gerade erst hat das Niedersächsische Umweltministerium die Aufsichtspflicht vom Gewerbeaufsichtsamt in Braunschweig übernommen und eine verbesserte Überwachung eingeführt. Mit mehr Messpunkten und der zusätzlichen Überwachung der bislang nicht gemessenen Neutronenstrahlung, sowie einer Überprüfung der Messwerte im kürzeren Abstand von 3 Monaten und nicht wie bisher 12 Monaten. Dieser Vorfall zeigt, dass Messungen die Bürger nicht vor überhöhter Strahlung schützen können.

Das Risikopotential muss verringert werden. Und das geht nur über eine Verringerung der Strahlengenehmigung



gen und einer Verlegung des Standortes. Denn nur weniger Radioaktivität, modernere Produktionsstätten und Vor-

warzeiten können die Bürger vor radioaktiven Emissionen im Betrieb und bei einem Störfall schützen. BISS e.V.

## Minister Wenzel hilflos vor ASSE-Akten

In einer Pressemitteilung vom 18.9.2013 aus dem Wenzel-Ministerium heißt es mit dem Titel „Umweltminister Wenzel weiht Institut zur Auswertung der Asse-Atommlakten ein“: „Der Bund hat - wie vom Landtag erbeten - 7,2 Millionen Euro für die wissenschaftliche Auswertung der rund 3000 Ordner aus der dreijährigen Untersuchungsarbeit bereitgestellt.“

Wenn dem tatsächlich so wäre, würde es sich um einen handfesten Skandal handeln, denn das Institut gehört zur Helmholtz-Gemeinschaft, die auch Betreiber der Schachanlage Asse II war. Mittlerweile gibt es Hinweise, u. a. vom Leiter des Instituts für Wissensanalyse..., dass die Aussage des Niedersächsischen Umweltministeriums so gar nicht zutrifft. Vielmehr gehe es bei dem vom Bund geförderten Auftrag um die Entwicklung einer Software, mit deren Hilfe Dokumente aus der „vor-

digitalen“ Zeit nachträglich digitalisiert und für eine wissenschaftliche Auswertung aufgearbeitet werden können. Hierfür sollen Teile der Akten aus dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss verwandt werden. Die Asse-Akten und deren Aufarbeitung sind also gar nicht das eigentliche Ziel, sondern Mittel zum Zweck.

Alle Versuche der Wolfenbütteler Atomausstiegsgruppe (WAAG), Auskunft über den genauen Wortlaut des Auftrages von der Staatskanzlei in Hannover, dem Niedersächsischen Umweltminister und dem Umweltausschuss des Landtages zu erhalten, wurden bisher mit Schweigen beantwortet. **Asse und Parlamentarischer Untersuchungsausschuss sind längst nicht alles**

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss hat in seinem Abschlussbericht aus dem Oktober 2012 politisch bewertet. Eine wissenschaftliche Be-

wertung steht allerdings ebenso aus wie eine juristische.

Die Schachanlage Asse II fand nicht nur auf Landesebene statt, auch die Lokalpolitik hat ihren Anteil daran, der ebenfalls nach Aufarbeitung ruft. Asse II endete auch nicht im Jahre 2012, sondern schreibt sich kontinuierlich fort: Zwischenlagerdiskussion ohne ehrliche Beteiligung der Bevölkerung, Verzögerung bei der Schachtbohrung und selbst gesetzte Genehmigungshürden des BfS (Bundesamt für Strahlenschutz) als Betreiber der Projekte, ein neu geschaffener „Lenkungsreis“ der im geheimen tagt und fachlich nur mit behördlich gebundenen Personen besetzt ist, der die Politik ausspielen kann.

Neben der Schachanlage Asse II gibt es Schacht Konrad, Eckert & Ziegler und das Bundesamt für Strahlenschutz als Betreiber (BfS) u. a. der Schachanlagen Asse, Morsleben und Konrad. Darüber hinaus ist in der Region eine

umfangreiche Atominfrastruktur und -administration angesiedelt, mit Behörden wie das BfS, die PTB und die GRS - in wechselseitigen Funktionen als Überwachungs- und Genehmigungsbehörden.

**Die Region ist ein Atomschwerpunkt in Deutschland. Die Folgen der Atomindustrie werden noch viele Generationen beschäftigen und belasten.**

Der daraus entstandenen Verantwortung kann die jetzige Generation u. a. dadurch gerecht werden, dass sie die Erfahrungen, Lehren und Informationen für zukünftige Generationen sichert und bereitstellt. Zu diesem Zweck fordern wir die Schaffung einer Stiftung „Atomerbe Braunschweiger Land“ mit dauerhaft garantierten Finanzmitteln der öffentlichen Hand, die unabhängig ist von staatlichen und wirtschaftlichen Interessen.

Christiane Jagau (aktiv in der WF Atomausstiegsgruppe, WAAG)

## Stadt „wahrt Interessen“



**Mahnwachen vor EZAG/Buchler: Rote Karte gegen rostige Atomfässer.**

Mit täglichen Mahnwachen vor dem Werkstor von Eckert & Ziegler (jeweils ab 16 Uhr) reagieren Anwohner auf immer mehr Atom-Container und rostige Fässer auf dem Werksgelände von EZAG/Buchler in Thune.

Das Rathaus „wahrt“ derweil lieber die „Interessen von Eckert & Ziegler“ und verdonnerte mit Brief vom 13.2.2014 die Ratsmitglieder auf „Amtsverschwiegenheit“ zur illegalen Container-Ansammlung mit strahlenden Abfällen neben Wohnhäusern und Schulen. (red)

# (Stadtteil-)Bäder müssen erhalten bleiben

Seit etwa 20 Jahren wird das kleine, aber feine Nordbad in Braunschweig Jahr für Jahr von konstant ca. 50.000 BraunschweigerInnen besucht. Das Schulschwimmen dort hat seit 2006 sogar um etwa 60 Prozent auf jährlich 13.600 Nutzungen zugenommen. Dies kennzeichnet die Bedeutung des Bades - gerade für Grundschulkinder, die Schwimmen lernen wollen.

Mit einer Wasserfläche von 25 mal 10 Metern ist es das kleinste Bad Braunschweigs und etwas ganz Besonderes: Es wurde 1969 als allererstes „Europabad“ in ganz Deutschland eröffnet. Die Grundsätze dazu wurden 1969 vom Europarat festgelegt. Die Bausubstanz des Nordbades ist nach wie vor sehr gut. Doch nun soll dieses kleine, erfolgreiche und besondere Bad unmittelbar mit Eröffnung der Wasserwelten geschlossen werden, nur weil SPD, CDU und die Grünen wie verrannt nach dem Motto „Augen zu und durch“ an einem alten Ratsbeschluss vom 27.02.2007 festhalten, den die zwischenzeitliche Entwicklung längst ad absurdum geführt hat.

Dabei wollte der Rat schon 2007 eine Entscheidung über das Nordbad erst nach Vorlage belastbarer Zahlen und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Stadtbad GmbH treffen. Im Mai 2007 wurde ein Bürgerbegehren (über 30.000 Unterschriften) durch Beschluss der Ratsgre-

mien abgelehnt mit der Begründung, dass der „Kostendeckungsvorschlag des Bürgerbegehrens den gesetzlichen Anforderungen nicht gerecht wird.“ Das erscheint angesichts der erneuten und wahrscheinlich noch weiteren Kostensteigerungen bei den Wasserwelten wie ein Schlag ins Gesicht der Bürger. Doch noch gibt es einen Hoffnungsschimmer. Durch einen Ratsantrag der BIBS ist das Nordbad bis zum 27. Mai 2014 (also bis nach der OB-Wahl) weiter in der Diskussion und muss in den Gremien neu beraten werden. Die Möglichkeit der energetischen und ökologischen Sanierung, die Prüfung der Zuschussfähigkeit solcher Maßnahmen und alternative Betreibermodelle (z.B. Genossenschaft) stehen auf der Agenda.

## Die Kritik an der geplanten Schließung:

- Die Berechnungen zum Hallenbadbedarf des Gutachtens zur Sportstättenentwicklungsplanung des Instituts für Kooperative Planung und Sportentwicklung (IKPS) basiert auf falschen Werten. Den Umstand, dass drei Bäder (Nordbad, Gliesmaroder Bad und Wendener Bad) bei der Analyse durch IKPS außen vor gelassen wurden, kommentiert Prof. Dr. Werner Köhl, bundesweit anerkannter Experte für Sportstättenentwicklungsplanung, so: „Die müssen natürlich herangezogen werden und es muss gesagt werden, wo deren Besucher nach Eröffnung der Wasser-

welt bzw. der Schließung bleiben... Bäder zeigen eine komplizierte Nutzungscharakteristik, die sich einem nur erschließt wenn man [...] misst und zählt. Das ist in Braunschweig nicht geschehen und deshalb kann man der vorgelegten Berechnung nicht vertrauen.“

Probleme, die verschiedenen Nutzergruppen in den Wasserwelten unter einen Hut zu bringen, zeichnen sich jetzt schon ab. So bestätigte OB-Kandidat und Sozialdezernent Markurth (SPD) in einer Stellungnahme der Verwaltung (Ds 10078/14). „Aufgrund der Unsicherheit über den Eröffnungstermin der Wasserwelt und den damit einhergehenden Schwierigkeiten [...] haben Schulen erkennbar weniger Bedarfe gemeldet, als langfristig zu erwarten sein werden.“ Es ist jetzt schon abzusehen, dass mit Beginn des nächsten Schuljahres weiterer Bedarf an Schulschwimmen angemeldet wird, der dann möglicherweise von verbleibenden Bädern (Heidberg, Bürgerpark, Wasserwelten) nicht mehr gedeckt werden kann. Die bisherigen Stadtteilbäder übergangslos mit Eröffnung der Wasserwelten zu schliessen, ist unsinnig. Sämtliche Beteuerungen, man könnte neue Bäder billiger bauen, als alte zu sanieren (s. Vorschlag die Grünen), sind angesichts der Kostenentwicklung, die wir bei den Wasserwelten erlebt haben, eher irreführend und wenig glaubwürdig. AK GS Schuntersiedlung

Weitere Informationen: Susanne Grathwohl, nisuan@t-online.de; Sylvia Wolter, frauwolter@arcor.de; Wolfgang Bartsch, bartsch-braunschweig@freenet.de; Manja Graap, manjagraap@arcor.de; Dr. Dr. Wolfgang Büchs, wolfgang.buechs@bibs-fraktion.de  
AK Grundschule Schuntersiedlung

## Weitere Termine:

- 14.05. Planungs – und Umweltausschuss
- 20.05. Verwaltungsausschuss
- 22.05. Sportausschuss
- 27.05. Ratssitzung.



## BIBS-Erfolge

### Einige Erfolge aus originären BIBS-Anträgen:

- Erhalt der Grundschule in der Schuntersiedlung
- Sicherheit Bahnübergang Steinriedendamm
- Beitritt Bündnis „Kommunen für Biologische Vielfalt“
- Weiterbetrieb Sommerbad Waggum
- Stopp des Ausverkaufs von Nibelungen-Wohnungen
- Unterstützung ASSE-Lichterkette 2012
- Wieder-Beitritt „AG Schacht Konrad“
- Unterstützung „ASSE-Koordinationskreis“
- Information der Bezirksräte

- Resolution gegen ASSE-Flutung
- Bodenprüfung Antimon / Stibiox-Gelände
- Rechtzeitige Vorlage von Gutachten, etc. für Ratsmitglieder
- Transportstudie Bahnhof Beddingen / Schacht Konrad
- Extensive Bewirtschaftung von Randstreifen (Landwirtschaft)
- Realisierung Postgleisweg am BRAVO-Park
- Reparatur statt Abriss „Rolltreppen Bohlweg-Tunnel“
- Wiederaufnahme „Kulturentwicklungsplan“
- Einrichtung 4. und 5. Integrierte Gesamtschule
- Verbraucherzentrale, etc,

## Erstes Europa-Bad: das Nordbad

Die Denkmalschutzwürdigkeit des Nordbades wird z.Z. auf Antrag der BIBS vom Landesamt für Denkmalschutz und -pflege geprüft. Das Nordbad wurde 1969 als so genanntes „Europabad“ mit einem 25-Meter-Schwimmerbecken, eröffnet. Bei einem Europabad handelt es sich um ein Bad, das kostengünstig errichtet wurde. Dabei wurden Räume, in denen sich die Gäste längere Zeit aufhalten, aufwendiger gestaltet als die weniger

wichtigen Räume. Die Grundsätze dazu wurden 1969 auf einem Seminar der Gruppe Sport des Europarates festgelegt. Es war das erste Europabad Deutschlands (Rühländer, M., 1994). Seine Bausubstanz ist sehr gut. **Forderungen:** Die Stadtteilbäder müssen erhalten bleiben, um den Bereich des Schul-, Vereins, Behinderten- und Seniorenschwimmens adäquat zu gewährleisten. Auch das Genossenschafts-Prinzip könnte eine Rolle spielen.

## Bürger wohl besser informiert

Zur angedachten Übernahme des beliebten Stadtbads Gliesmarode durch einen privaten Investor, das die Hoffmann-Verwaltung gern schleifen möchte, erklärte Stadtbaurat Geiger jetzt in einer offiziellen Pressemitteilung: Noch sei der Verwaltung „völlig unklar, wie spezi-

fisch die Übernahme gestaltet“ werden solle. Offenbar, so Braunschweigs hoch bezahlter Stadtbaurat, sei „die entsprechende Initiative von Bürgern aus Gliesmarode da schon ein wenig besser informiert“ als seine Verwaltung. Er dagegen habe seine Infos nur „der Presse entnommen“. (kno)

## „Giftblase“ in der City

Im Untergrund der westlichen Innenstadt schlummert eine Hinterlassenschaft einer ehemals dort ansässigen Chemischen Reinigung.

Dort, mitten im Zentrum traten kürzlich mehrfach erneute Überschreitungen der Innenraumluftbelastung mit Tetrachlorethen um das 8 bzw. 25-fache des vorgeschriebenen Grenzwertes auf. Davon erfuhr die Öffentlichkeit offiziell nichts; stattdessen doktort man an den Symptomen herum, indem man mit meterlangen Bohrungen, verbunden mit groß dimensionierten Aggregaten versucht, die Giftstoffe abzusaugen. Kann es nur darum gehen, die Messwerte unter die Grenzwerte zu bekommen, anstatt das Übel an der Wurzel zu packen und den betroffenen Boden schleunigst zu sanieren? Wohl gemerkt – alles unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

### Kapituliert Braunschweig vor seinen Bodenbelastungen?

Im Stadtgebiet sind 2900 verdächtige Flächen bekannt. ([http://www.braunschweig.de/leben/umwelt\\_naturschutz/boden/2011\\_moegliche\\_GWuB](http://www.braunschweig.de/leben/umwelt_naturschutz/boden/2011_moegliche_GWuB))

O\_belastung.pdf) Hohe Tetrachlorethen- und Trichlorethanbelastungen (und andere Chlorerivate) finden wir z.B. am Madamenweg, in Wenden, im Heidberg und in Harxbüttel – dort heißt es auch, dass diese Stoffe „in großen Mengen in der Bodenluft nachgewiesen werden“. Das ganze Gebiet Hamburger Straße, Schützenplatz, Ludwigstraße, Mittelweg ist verseucht – Brunnen dürfen nicht benutzt werden – genau dort, wo im Vorzeigeprojekt „Nördliches Ringgebiet“ im großen Stil innenstadtnaher Wohnraum erschlossen werden soll...

Man lässt die Altlasten und Alttablagerungen (alte Müllkippen) möglichst unberührt im Boden und hofft, dass nichts passiert. So geschehen in der Ludwigstraße. Auf eine Anfrage der BIBS im Mai 2012 wegen Überschreitung der Grenzwerte von Tetrachlorethan und Trichlorethen im Grundwasser bis zum 100fachen, antwortete die Stadt im Juni: „Eine Gefährdung von Menschen wird nach dem derzeitigen Kenntnisstand nicht befürchtet.“ Nur 8 Monate später (Februar 2013) gelangte Trichlo-

rethen aus dem Grundwasser ins Mauerwerk und schließlich in die Raumluft der dort ansässigen Lebenshilfe – sie musste geschlossen und evakuiert werden.

### Büchs fordert den offenen Umgang mit den Altlasten

„Ein solcher Vorfall kann sich jederzeit irgendwo in der Stadt wiederholen“, heißt es in einer Stellungnahme von OB-Kandidat Dr.Dr.Wolfgang Büchs im August 2013. Büchs fordert, die Vorfälle öffentlich darzustellen.

### Ziel müsse dabei sein:

- Die Altlastenproblematik als eines der Kernprobleme Braunschweigs zu begreifen.
- Die Zahl der zur Sanierung vorgesehenen Flächen deutlich zu steigern.
- Das vor 13 Jahren abgeschaffte Umweltdezernat wieder einzurichten
- Die für Bodenbelastungen zuständigen Stellen mit ausreichend Personal entsprechend den vordringlichen Aufgaben auszustatten!
- Sofortiger Einstieg in die Entwicklung eines ganzheitlichen Bodenschutzkonzeptes für Braunschweig. (red)

## Logistikzentrum inmitten von Wohngebieten?

Presseerklärung der Braunschweiger Bürgerinitiative Süd-Ost zur geplanten Bebauung der Heinrich-Löwe-Kaserne

Kein vergleichbares Projekt in ganz Deutschland!

In den letzten Monaten war in der regionalen Presse sehr viel über die Diskussion zum Zentrenkonzept in Verbindung mit der geplanten Bebauung der Heinrich-Löwe-Kaserne (HDL) zu lesen. Dabei tritt die Absicht, im Süden der Fläche ein 80.000 m<sup>2</sup> großes Logistikzentrum zu schaffen, völlig in den Hintergrund. Aber eben diese Planung bereitet den Bürgern in den angrenzenden Stadtteilen große Sorgen. Von Seiten des Investors wird das Logistik-Zentrum mit seinem mehrere hundert Meter langen Hallenriegel als Schallschutz angepriesen.

Dies ist jedoch ein Trugschluss und aus unserer Sicht die völlig falsche Darstellung. Im Gegenteil generiert der Hallenriegel einen Reflektions-Schall auf der Braunschweiger Straße in Richtung der angrenzenden Wohnbebauung. Des Weiteren wird laut Aussage des Investors Schwerlastverkehr generiert, welcher in einem „Rund-um-die-Uhr-Betrieb“ stattfinden wird. Hochgerechnet wird dann alle 3 Minuten ein LKW an- oder abfahren. Schallbelastungen auf der Rautheimer Straße werden dann auf

die Anwohner einwirken, da der besagte Hallenriegel nur auf dem eigentlichen Gelände der HDL als Schallschutz herangeführt werden kann. Für die Anwohner problematisch sind auch weitere Immissionen, wie Feinstaub und Licht. Die Verkehrssituation ist schon heute in den Stoßzeiten überlastet. Ein hoch frequentiertes Logistikzentrum wird die Situation trotz möglicher Änderungen an den vorhandenen Begebenheiten nicht verbessern. Sorgen bereitet den Anwohnern auch die Verkehrssicherheit, insbesondere für den Radverkehr und die Kinder.

In ganz Deutschland gibt es kein vergleichbares Projekt, bei welchem ein Logistikzentrum inmitten von Wohngebieten entstehen soll. Dies nicht ohne Grund. Logistikzentren gehören in Bereiche außerhalb von Städten und Wohnbebauung. Zu dieser Problematik existieren in anderen Bundesländern Abstandserlässe, die einen Mindestabstand zur Wohnbebauung regeln.

**Unsere Forderungen:** kein Logistikzentrum inmitten von Wohngebieten auf dem HDL-Gelände und auch kein anderes schwerlast-affines Gewerbe - Entwicklung des HDL-Geländes als Wohngebiet, Mischgebiet oder Kleingewerbegebiet nach dem Vorbild der angrenzenden Bebauung

Bürgerinitiative Süd-Ost

# Kippen sammeln im Schatten der Schloss-Fassade



**Kippen sammeln ...vor dem „ECE-Kaufschloss“**



**...hinterm „Kaufschloss“**

gelegentlich zu übernehmen. Mit dieser gesetzlichen Grundlage werden nicht nur existenzsichernde Arbeitsplätze in sozialen Betrieben ruiniert (Altenpflege-, Küchen-, Putzpersonal, sowie Hausmeister usw.).

In Braunschweig werden damit sogar ganze Betriebe wie die Stadtgärtnerei zerschlagen, da die Stadt Lohnlose Arbeiter systematisch einsetzt.

Auch profitieren die privatisierten städtischen Betriebe davon, da Löhne durch den Arbeitszwang gedrückt werden und städtische Arbeitsmaßnahmen beim Stellenabbau helfen.

Beispiel: Stadtreinigung durch Kippensammler in Warnwesten. Lange genug wurde geprahlt, wie viel Braunschweig so spart. Sogar als „sozial“ wurden die 1-Euro-Jobs präsentiert. Dabei deckt die sog. „Mehrauf-

wandenschädigung“ kaum die zusätzlichen Kosten durch die Arbeit. Genau genommen, ist die Strafarbeit für Arbeitslose teurer, da Sozialabgaben, Steuern und die Kaufkraft durch diese lohnlose Arbeit fehlen.

Außerdem bezahlt die Öffentlichkeit dafür. Die Gewinne machen die Nutznießer. Die dadurch entstehende Sozialkostenexplosion trifft Arbeiter sowie Kleinunternehmer, wodurch die Arbeitslosigkeit steigt, anstatt zu fallen. „Lohnlose“ ArbeiterInnen nach ALG2 werden statistisch nicht als arbeitslos geführt.

Um mehr scheint es den Regierenden auch gar nicht zu gehen. Trotzdem werden sogar Gelder wie Schenkungen, Erben, Spielgewinne, eingeklagte Löhne aus dem letzten Arbeitsverhältnis oder der Erlös aus dem Sammeln weggeworfener Bierdosen auf ihr ALG2 angerechnet. Verstöße können schwer geahndet werden. Wer ALG2 bezieht und damit nicht hinkommt, darf nicht einmal Betteln!

Besonders für Familien ist es hart, da sie als Bedarfsgemeinschaft zumeist nicht viel besser gestellt sind, solange nur einer Arbeit hat. Die Hartz-IV-Gesetze müssen geändert werden!

Thorsten Bock / Foto: Klaus Knodt

Mit so genannten „Arbeitsgelegenheiten“ spart die Stadt reguläre Jobs ein. Im Braunschweiger „Schloss“ flanieren die Gutbürger. Davor und dahinter malochen die ALG2-Wutbürger: Als „Arbeitsgelegenheit“ dürfen sie Kippen und Müll sammeln und zertretene Hamburger-Kartons incl. Inhalt entsorgen.

**Nur Dosen und Flaschen sammeln dürfen sie nicht. Denn mit dem Leergutpfand würden sie ein zusätzliches Einkommen erzielen.**

Und so sozial ist der Sozialstaat dann auch wieder nicht.

Durch die Hartz-Gesetze werden auch in Braunschweig Arbeitslose ausgenutzt, Löhne gedrückt und sogar ganze Betriebe zerschlagen.

Wie das SGB II vorschreibt, müssen sich ALG2-Bezieher vorrangig um die Beendigung der Erwerbslosigkeit bemühen. Sie müssen aktiv an allen angebotenen Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit mitwirken.

Grundsätzlich ist jede Arbeit zumutbar. Auf Verlangen des Trägers ist jeder, der keine Arbeit selbstständig findet, dazu verpflichtet, eine Arbeits-

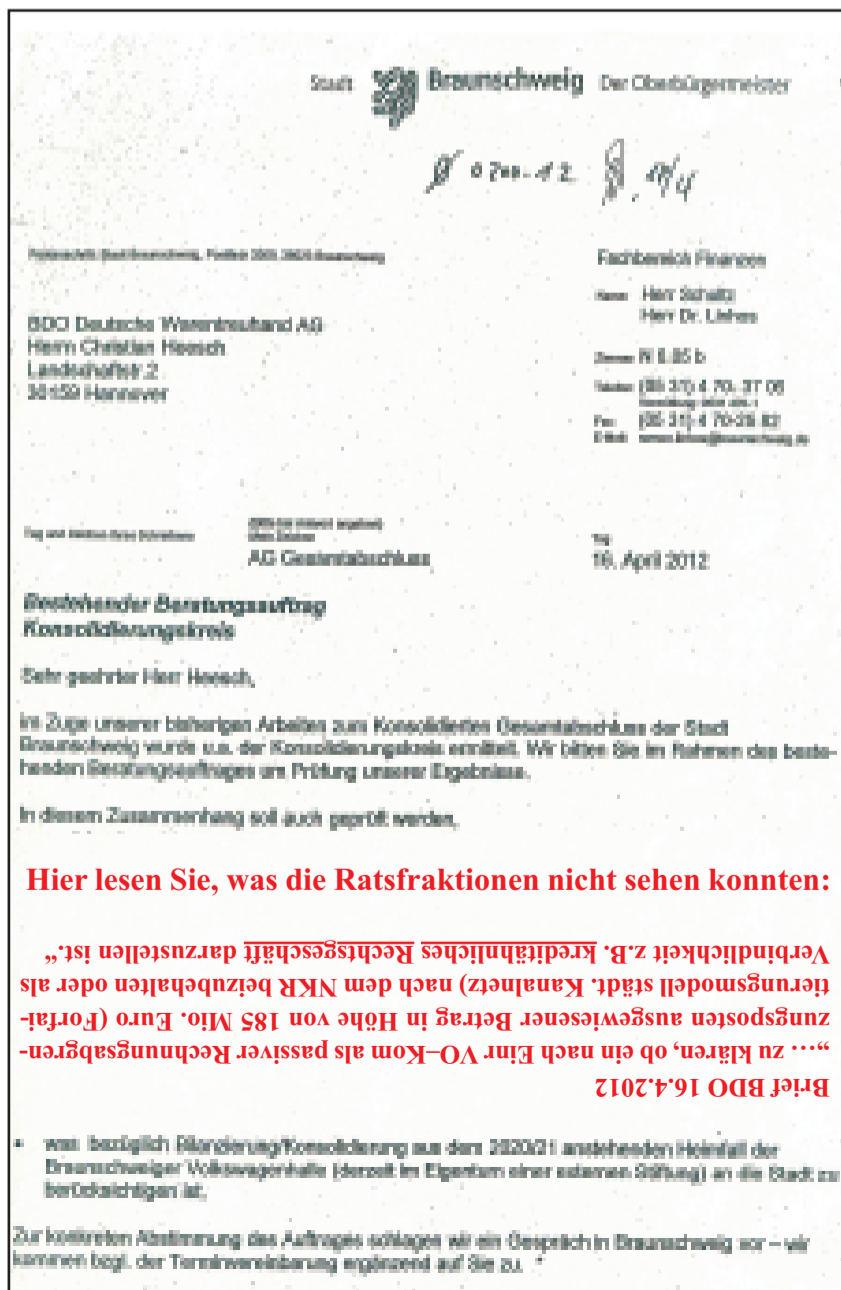
triebe davon, da Löhne durch den Arbeitszwang gedrückt werden und städtische Arbeitsmaßnahmen beim Stellenabbau helfen.

Beispiel: Stadtreinigung durch Kippensammler in Warnwesten. Lange genug wurde geprahlt, wie viel Braunschweig so spart. Sogar als „sozial“ wurden die 1-Euro-Jobs präsentiert. Dabei deckt die sog. „Mehrauf-

## Akteneinsichten - aber nur zensiert

Auskünfte oder gar Akten dürfen den Ratsmitgliedern in Braunschweig nur unter strenger Kontrolle zukommen, so die Verfahrensvorschriften des Oberbürgermeisters Hoffmann.

So kommt es, dass manche Papiere die Ratsfraktionen nur als Lückentext erreichen, wie hier zur Frage Schulden oder Nicht-Schulden in der städtischen Bilanz.



**Hier lesen Sie, was die Ratsfraktionen nicht sehen konnten:**

**Verbindlichkeit z.B. kreditähnliches Rechtsgeschäft darzustellen ist... zu klären, ob ein nach einer VO-Kom als passiver Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesener Betrag in Höhe von 185 Mio. Euro (Fortsetzungsposten) nach dem NKR beizubehalten oder als Verbindlichkeit z.B. kreditähnliches Rechtsgeschäft darzustellen ist.**

**Brief BDO 16.4.2012**

**Zur kontrollierten Abstimmung des Auftrages schlägt wir ein Gespräch in Braunschweig vor – wir kommen bzgl. der Terminvereinbarung ergänzend auf Sie zu.**

## Phantom-Bilanz:

Was für ein Abgang nach 13jähriger Herrschaft im Braunschweiger Rathaus.

In der Region manövrierte er sich bis zuletzt mit Äußerungen ins Abseits, er habe nur einen Fehler gemacht, er habe Wolfsburg zu groß werden lassen. Wenigstens bei den Finanzen soll es nun das Größte sein, wofür ihn nicht nur alle anderen Städte, sondern sogar viele Firmen beneiden würden.

**Daraus wird nun nichts: „Konsolidierte Bilanz“ nicht unterschrieben**

Nachfragen im Verwaltungsausschuss der Stadt am 25.3.2014 zu eingerechneten Vermögenswerten des Abwasserverbandes (AVB) von immerhin rd. 268 Mio. € führten zu Ausflüchten und betretenem Schweigen; das würde dann irgendwann schriftlich beantwortet und überhaupt stünden die Gremienberatungen ja erst Ende des Jahres an. Auf die Ungeprüftheit des vorgelegten Zahlenwerkes zog man sich verwaltungsseitig zurück, alles sei nur ein vorläufiger Entwurf.

Drei Tage zuvor, auf der eigens einberufenen Pressekonferenz, klang das noch ganz anders. Ein schönes Bild habe er zu seinem Abschied da abgeliefert, lobte der scheidende OB Hoffmann sich gegenüber der Presse selbst.

**Mobilisierung letzter Reserven**

Bekanntlich aber ist der schöne Schein nicht immer auch das ungeschminkte Sein:

- Abwasserverband Braunschweig: so ist in der für den „Gesamt-Konzern Stadt“ vorgelegten Bilanz 2012 erstmals der Abwasserverband Braunschweig AVB einbezogen (wegen seinerzeitiger kredit-ähnlicher Verpflichtungen aus der Abwasserprivatisierung).

Damit soll sich der städtische Gesamtabschluss um sage und schreibe 193 Millionen € verbessern; aber Vorsicht - wie nun die Verwaltung selbst einräumt - das Zahlenwerk ist mitnichten offiziell geprüft, so dass die Hinterfragung eines kreditähnlichen Geschäftes zwischen AVB und Stadt von immerhin 178 Millionen € noch nicht abschließend bewertet wurde.

- Wohnungswerte der Nibelungen Wohnbau GmbH verdoppelt: Die städtische Nibelungen Wohnungsgesellschaft wurde mit einem Federstrich um 159 Millionen wertvoller gemacht. Übrigens: noch in den Jahren 2004 bis 2007 wurden zusammen rund 1.000 Wohnungen en bloc an eine private Immobilienfirma zum Gesamtpreis von nur rd. 20 Millionen € verkauft - also für nur 20 Tausend € pro Wohnung!

Nun erst erkennt man im Rathaus das verkannte Juwel.

**Basis Reinvermögen stagniert**

Das Sich-Reich-Rechnen ändert aber nichts daran, dass die Stadt in den vergangenen Jahren fast das gesamte rentierliche Vermögen verscherbelt hat, die daraus eingenommenen rd. 780 Mio.€ ausgegeben wurden und damit für die Stadt verloren sind.

**Ablesbar ist dies bei einer bereinigten Vermögensbetrachtung:**

So hatte die Stadt noch im Jahre 2001 (also vor Hoffmann) ein Reinvermögen von rd. 800 Mio. €. Jetzt weist man im Gesamtkonzern-Abschluss für 2012 491 Millionen € als Reinvermögen aus! Und dieses Reinvermögen beinhaltet noch zu rd. 328 Mio. € sog. Infrastrukturvermögen - also Straßen, Plätze und Stadtbäumen... ja, wir lesen richtig, selbst die Stadt-Bäume tragen mit 25 Millionen € zum Vermögen bei.

Eine gut aufgestellte Stadt mit eigener Daseinsvorsorge, Bädern, Stadtwerken und solider Wohnungsgesellschaft wurde fragwürdigen Prestigeprojekten geopfert.

Die vorgelegte Hoffmannsche Gesamtbilanz kann das bei genauem Hinsehen nicht verdecken. Das dürfte dann auch der Grund sein, weshalb dieses Papier (vorsorglich?) von ihm nicht einmal unterschrieben wurde.

Hoffmanns Bilanz ist damit eine Mischung aus großmäuliger Arroganz und Fälschung. *Ratsherr P. Rosenbaum*

## Schulden als „Rechnungsabgrenzungsposten“ getarnt

Seit 8 Jahren wurden Schulden als „Rechnungsabgrenzungsposten“ getarnt. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hatte im Urteil bei den Abwasserprozessen für das Hoffmann'sche Abwassergeschäft den Begriff „Kredit“ verwandt, und so tut das nach einer entsprechenden Anfrage auch die Beratungsgesellschaft BDO.

Mit Schreiben vom 2.4.2014 gibt der

Finanzdezernent nach einigem Hin und Her zuvor geschwärtzter Seiten die offizielle BDO-Auffassung heraus, wonach ein im Zuge der Abwasserprivatisierung aufgenommener Kredit in Höhe von ursprünglich über 220 Mio. € (aktuell noch 178 Mio. €) auch als „Verbindlichkeit“ und sog. „kreditähnliches Rechtsgeschäft“ - oder eben schlicht als Kredit darzustel-

len ist. Bisher mochte man bei der Stadt das nur verklausuliert als „passiven Rechnungsabgrenzungsposten“ (pRAP) zu umschreiben - wir erinnern uns... mit Schulden wollte der OB bekanntlich nichts zu tun haben.

Nun also die Nachricht, die BDO sehe das als „kreditähnliche Verpflichtung“ (Nachricht des Finanzdez. Geiger an die Fraktionen im Rat vom 2.4.2014).

# Starker Konzern Braunschweig - schwerer Rückfall der Braunschweiger Zeitung?

Veröffentlicht am Sonntag, 30. März 2014 im Braunschweig-Spiegel. Geschrieben von Andreas Matthies.

Es war wie früher: Dr. Hoffmann lehnt sich auf seiner Pressekonferenz selbstzufrieden zurück („Ein sehr guter Schlusspunkt für meine Amtszeit.“) und BZ – Redakteur Henning Noske titelt am Folgetag „Braunschweig – ein starker Konzern“ und gibt Hoffmanns Kernaussagen wieder, als seien es feststehende, geprüfte Tatsachen.

Man muss sich genauer vor Augen halten, was da geschehen ist. Dr. Hoffmann und Finanzdezernent Geiger legen auf der Pressekonferenz am 21. März ein achtzehn Seiten langes Papier vor, das mit Zahlen, Tabellen und Fachbegriffen nur so gespickt ist. Selbst Fachleute brauchen mit Sicherheit geraume Zeit, um das Gesamtwerk zunächst einmal nachzuvollziehen, und noch viel mehr Zeit, um das im Einzelnen zu überprüfen. Herr Noske aber ist – mit Verlaub – kein Fachmann. Trotzdem schreibt er am selben Tag Dr. Hoffmanns Darstellung treu und brav nieder.

Nun kann man sicher nicht verlangen, dass ein Lokalredakteur Wirtschaftsfachmann ist. Aber dann soll er auch

nicht so tun, als sei er einer. Dann sollte er sich einfach darauf beschränken, die Darstellung Dr. Hoffmanns wiederzugeben und dabei deutlich zu machen, dass das dessen Position ist und dass sie nicht unbedingt Tatsachen gleichzusetzen ist. Im nächsten Schritt könnte er dann Fachleute daran setzen und selber recherchieren. Das dürfte dann auch ruhig mehrere Wochen dauern, immerhin geht es um die wirtschaftliche Zukunft unserer Stadt und ihrer Bürger.

**Kritik an Dr. Hoffmann nichts als „Gerede, falsche Behauptung, grobe Verfälschung der Wahrheit“?**

Die Pressemitteilung der Stadt vom 21. März hätte Herrn Noske allerdings sehr deutlich machen müssen, dass die gesamte Aktion der Imagepflege des Oberbürgermeisters dienen soll: jegliche Kritik wird als „Gerede“, als „falsche Behauptung“ oder gar als „grobe Verfälschung der Wahrheit“ verunglimpft und insgesamt als „Unsitte in der Politik“ abqualifiziert. Das ganze Papier liest sich als einzige und dabei mitunter ziemlich aggressive Rechtfertigung. Noske selber dürfte aber die vielen, oft sehr fundierten und kenntnisreichen kritischen Auseinandersetzungen mit der Politik des OB kennen,

die ja nicht zuletzt auf Braunschweig-Spiegel veröffentlicht wurden. Er müsste also den sicheren Eindruck haben, dass es unklug wäre, dem Oberbürgermeister einfach zu glauben und zu vertrauen.

Nun ist herausgekommen, dass der angebliche „Konzernabschluss“ des Dr. Hoffmann doch nur ein vorläufiges „Eckdaten-Papier“ war. Redakteur Noske fühlt sich – zu Recht – getäuscht: in seinem Kommentar in der BZ vom 28. März spricht er von einem „Hammer“ und von „irgendwie einer Unverfrorenheit“. Dann aber schwächt er es sofort wieder mit der Bemerkung ab, dass sei „wohl (!, A.M.) keine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit“. Ja, was denn sonst? Wenn der OB selber zugeben muss, dass die vorgelegten Eckdaten „noch Gegenstand der Diskussion bzw. Interpretation“ sind, dann wird deutlich, dass eine Überprüfung Tatsachen zutage fördern kann, die ein ganz anderes als das dem OB genehme Bild entstehen lassen. Peter Rosenbaum von der BIBS hat einige solcher millionenschwerer „Interpretationen“ vor einigen Tagen im Braunschweig-Spiegel skizziert.

Noske ist nicht Ralph-Herbert Meyer, er sollte aber mit der Meyerzeit konsequent brechen.

Noske aber tut weiterhin, als sei er doch ein Fachmann: er sei „nach wie vor davon überzeugt, dass sich unsere Stadt in einer Top-Verfassung befindet“. Die „starke Braunschweiger Konzern-Bilanz“ werde am Ende nicht getrübt werden können; das verräterische Wörtchen „vermutlich“ zeigt dann aber doch, dass er sich doch nicht sicher ist. Das kann er auch

wirklich nicht sein.

Die Braunschweiger Zeitung hat über lange Jahre die Politik Dr. Hoffmanns nach Kräften gestützt, das ist unvergessen. Sie ist daher in hohem Maße auch für die Folgen dieser Politik mit verantwortlich.

Der Chef des Lokalteils hieß in dieser Zeit aber Meyer und nicht Noske. Noske selber trägt für die finsternen Zeiten keine Verantwortung, aber man gewinnt den Eindruck, dass er das Ganze doch nicht so richtig wahrhaben möchte.

Aber es hilft nichts: entweder wird nun mit der Vergangenheit aufgeräumt und die gesamte Politik der Privatisierung in allen Facetten auf den Prüfstand gestellt oder man hält in dieser Frage am „weiter so“ fest.

Das könnte sich dann aber auch für die Braunschweiger Zeitung am Ende als schädlich heraus stellen.

## 13 Jahre Hoffmann - eine vorläufige Schadensbilanz

Kein blasser Lichtschimmer mehr aus dem Vestibül der Rathaus-Südwestecke, in dem ein einsamer Wächter noch Aktennotizen schreibt, während seine Stadt längst schläft. Kein Vorkämpfer mehr, der am „Stadtputztag“ am rutschigen Ufer des Mittellandkanals triumphierend zertretene Cola-Dosen in die Kameras reckt. Kein staatstragender Druck auf den roten Plastikknopf zur alljährlichen Eröffnung des Weihnachtsmarkts mehr: Eine Ära ist vorbei. Hoheit Hoffmann geruhen abzutreten, so verlangt es die Nds. Kommunalverfassung.

Auch dass er ein Schloss gebaut, eine Sparkasse gegründet und die Stadt angeblich schuldenfrei gemacht hat, gehört nun zum Legendenschatz von Hoffmanns Erzählungen. Beweinen werden das ein paar Journalisten einer großen Braunschweiger Zeitung. Die bekamen meistens schon zehn Minuten vor offiziellen Terminen eine Audienz in seinen Dienstgemächern, damit sie hinterher in der öffentlichen Pressekonferenz wussten, was sie ihn fragen dürfen.

So bleibt nach dreizehn Jahren Hoffmann als vorläufige Schadensbilanz aufzulisten: Für die Schlossfassade wurde eines der wertvollsten Grundstücke der Stadt, der Schlosspark, an In-

vestoren verschenkt. Die Gründung der Landessparkasse als eitle Reaktion auf Hoffmanns Rausschmiss aus dem Aufsichtsrat der NORD/LB hat die Bürgerinnen und Bürger nur Geld gekostet, ohne dass sie daraus einen echten Nutzen hatten. Und die von Hoffmann eilig vorgestellte Bilanz des „Konzerns“ Stadt Braunschweig, nach der immaterielle Werte plötzlich zu materiellen mutierten, wollte niemand unterschreiben – nicht einmal er selbst. Keine Ratsfraktion traute dieser Bilanz. Allein der CDU-Fraktionsvorsitzende Wendroth befand: „Ich kann die entstandenen Irritationen nicht nachvollziehen.“ Stattdessen wurde unter Hoffmann Braunschweiger Vermögen an private Unternehmen verscherbelt, um die Folgen von Fehlplanungen wie Regiobahn, Wasserwelt oder Stadionausbau finanzieren zu können. Dank der Veräußerung öffentlicher Millionenwerte stiegen Strom-, Abwasser- und Müllgebühren ins Groteske. Ein anderer Teil der „Erlöse“ wurde für Albernheiten wie Hubschrauberkonzert, geflopte Kulturhauptstadt-Bewerbung, Otto-Jahr, Schlossmuseum oder das Hochzeitsjubiläum von Herzogin Viktoria-Luise verplempert. Nicht zu vergessen die stecken gebliebene Sanierung des Bohlwegs, aus dem Hoffmann mittels Satzung und per Ordre de Mufti

einen „großstädtischen Boulevard“ wie den Berliner Ku’damm machen wollte. Und während Hoffmann im Bürgerpark ein millionenteures Baugrundstück an die Investoren eines Prunkhotels herschenkte, warten die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt noch immer auf den versprochenen Ersatz für das geschleifte Freizeit- und Bildungszentrum FBZ. Mittels umstrittener PPP-Modelle ließ Hoffmann sicherstellen, dass die neue „Wasserwelt“, für die ortsteilnahe Schwimmbäder geschlossen werden, kosten- und terminsicher fertig gestellt wird – das Gegenteil ist der Fall. Die Kosten haben sich schon jetzt fast verdoppelt, ein Eröffnungstermin ist nicht in Sicht. Und es war Hoffmann, der als Präsident des Stiftungsrats der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK) im Rahmen eines Erbbaurechtsvertrages mit der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH zuließ, für den Ausbau des Braunschweiger Flughafens ohne öffentliches Interesse 41.000 Bäume im Querumer Forst abzuholzen. Auch der Lebensraum hoch geschützter Tierarten wurde dafür geopfert, etwa der des Mittelspechts. „Der Mittelspecht, der wird umgesiedelt, wenn er denn noch da herumfliegt“, feixte Hoffmanns „Flughafenmanager“ Manlik (CDU) lapidar vor Kameras.

Als Hoffmann selbst die Erkenntnis dämmerte, dass es „politisch nicht tragfähig“ sei, für den nicht öffentlich geforderten Ausbau des Braunschweiger Provinzflughafens mit der Einziehung der Grasseler Straße die Bürgerinnen und Bürger im Norden in eine städtische „Hinterhoflage“ zu befördern, gehorchte er ängstlich dem mächtigen VW-Konzernlenker Piëch: „Wissen’s was? Machen’s fertig“ habe der ihm befohlen, berichtete Hoffmann am 29.8.2011 selbst. „Wir haben es geschafft!“ meldete er anlässlich des Festakts dem direkt vor ihm sitzenden VW-Vorstandsvorsitzenden Martin Winterkorn Vollzug. So wie bisher unter Hoffmann darf es in

Braunschweig nicht weitergehen. Ein anderer Politikstil muss her. Schluss mit verdeckten Kreditaufnahmen, Geheimverträgen mit Parteil Freunden, nachteiligen Privatisierungen und Vernachlässigungen im sozialen und kulturellen Bereich. Aufmerksame Bürgerinnen und Bürger fordern von ihrem zukünftigen Oberbürgermeister vor allem Transparenz des Verwaltungshandelns und Ehrlichkeit.

Ralf Beyer

### Fakten zu Schulden und Vermögen der Stadt

#### - Hoffmann sagte

„Braunschweig ist schuldenfrei“

Stimmt nicht, die Stadt hat - wie vor 13 Jahren - rd. 468 Mio. € Schulden, keinen Cent weniger als 2001, im Gegenteil. Die Schulden wurden nur auf Tochterbetriebe wie Stadtentwässerung (100 Mio., Nibelungen-Wohn 40 Mio., Abwasserverband 178 Mio., Klinikum, Stadtbad GmbH, Verkehrs AG etc. verlagert.)

#### - Hoffmann erzählte

„Braunschweig hat hohe Rücklagen“

Was er für sich behielt: unter seiner Regie wurden vom Rat beschlossene Bauvorhaben Jahr für Jahr nach hinten verschoben, so dass die dafür bereitgestellten Gelder nicht ausgegeben werden. Sanierungsstaus in Schulen und Kindergärten sind die Folge.

#### - Hoffmann protzte

„Braunschweig hat eine exzellente Vermögensbilanz“

Stimmt nicht. Fast alles Vermögen wie Stadtwerke (Strom-, Fernwärme-, Gas-, Wasserversorgung sowie Abwasser- und Abfallentsorgung) wurden verkauft. Die dafür eingenommenen 780 Mio. € sind weg, ausgegeben für Kaufhausfassade (Schloss-Arkaden), fragwürdige Geschichts-Events (Otto-Jahr, Viktoria-Luise Hochzeit), Hubschrauberkonzert, Qudriga-Folgekosten, horrenden Anmietkosten für Schlossmuseum, Golfclub-Förderung etc. Dazu noch Beraterkosten für die Privatisierungsverträge von rd. 20 Mio. €.

Stimmungsberichte von rd. 20 Mio. €.

#### - Hoffmann versprach,

durch private Partner wie ALBA, veolia und HochTief Schulbauten würde das Geld der Bürger geschont, Gebühren nicht erhöht.

Stimmt nicht. Bei den Wasser- und Fernwärmepreisen belegt Braunschweig inzwischen einen Spitzenplatz; die Ver- und Entsorgungskosten sind nach den Privatisierungen Jahr für Jahr gestiegen, die Abwassergebühren stiegen um satte 25 % seit 2005. (Quelle BS-Schuldendeckel und BIBS-Fraktion)

#### - Hoffmann verschwiegen den Bürgern

„irreparablen Buchungsfehler“ in Höhe von 9,6 Mio. € beim Verkauf der Stadtreinigung an ALBA. Er verschwiegen, dass durch die Stadtwerke-Verkäufe nun die Einnahmen im Stadthaushalt fehlen. Er verschwiegen, dass für den Rückkauf der Stadtwerke-Betriebe in einigen Jahren weit über eine Milliarde € von uns und unseren Kindern aufgebracht werden müssen.

# FBZ - Selbermachen macht fett!

## In der Diskussion um ein neues FBZ wird gesucht:

a) ein soziokulturelles Zentrum in zentraler Lage und in freier Trägerschaft  
b) eine Konzert-/Theaterhalle für ca. 800 bis 1000 Besucher

c) Unterstützung für die so genannte „freie Kulturszene“, also Fördermittel, Proberäume für Bands, Theaterbühnen, Ateliers und Galerien für Künstler.

Bisher sind zwei Anläufe der Verwaltung gescheitert. Diskussion und Konzeptentwicklung sind langwierig und schwierig. Der erste Vorschlag von Kulturdezernentin Dr. Anja Hesse, aus der Millennium-Halle ein soziokulturelles Zentrum zu gestalten, wurde abgelehnt, weil der Standort für ein soziokulturelles Zentrum denkbar ungeeignet ist.

Die anschließende Moderationsrunde zwischen Kulturverwaltung und Kulturschaffenden ist gescheitert, weil es zu Konflikten zwischen den Beteiligten kam und Dr. Anja Hesse kein beschlussfähiges Konzept ausarbeiten konnte. In der Moderationsrunde sitzen aktuell fast ausschließlich Vertreter der Parteien und Professoren. Kulturschaffende und mögliche Betreibervereine sind ausgeschlossen sind. Es ist uns unverständlich, dass bei einem Entwicklungskonzept „Freie Kultur“

die freie Kulturszene in der Planungsphase nicht beteiligt wird.

Der Verein „Kufa – Kultur für Alle Braunschweig“ ist deswegen der Meinung, dass man bei der Frage einer neuen Kulturhalle bis hin zum soziokulturellen Zentrum selbst tätig werden sollte. Aktuell analysieren wir vier mögliche Standorte.

Ein Standort ist in der Stobwasserstraße und hat die Ausmaße von 3500 m<sup>2</sup> und 1400 m<sup>2</sup> – also ca. 5000 m<sup>2</sup>. Der jetzige Bebauungsplan gestattet eine Diskothekengröße bis 1500 m<sup>2</sup>, die anderen Flächen müssten noch planungsrechtlich geklärt werden. Diese Angelegenheit verfolgen wir in Zusammenarbeit mit einem anerkannten Gastronomen aus Braunschweig.

Der zweite Standort ist in der Fabrikstraße. Hier gibt es eine Baufläche von ca. 6200 m<sup>2</sup> und ein gesichertes Baurecht. Wir könnten dort 2000 m<sup>2</sup> Fertighalle hinsetzen.

Der dritte Standort ist in der Kreuzstraße. Eine bestehende Halle von ca. 2000 m<sup>2</sup> ist vorhanden. Problematisch ist hier zurzeit die Parkplatzsituation. Das Problem ließe sich aber klären. Dieses Konzept geht in die Richtung stadtteilbezogene Arbeit, würde also die Kriterien für ein soziokulturelles Zentrum erfüllen.

Der vierte Standort liegt auf dem Harz

& Heide Messengelände. Dort ließe sich eine reine Kulturhalle umsetzen. Für ein soziokulturelles Zentrum halten wir den Platz für ungeeignet.

Eine Fertighalle verfolgen wir als Konzept deshalb, weil die Kosten höchstens bei einem Drittel dessen liegen, was die Stadt auszugeben gedenkt. Dafür kann der Kufa-Verein generell nach Baurecht passende Plätze suchen.

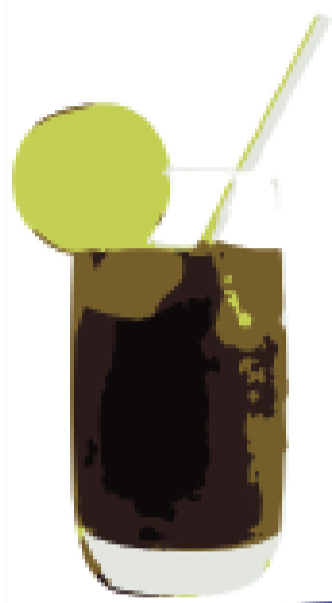
Dem Kufa-Verein kommt es auf eine inhaltliche Diskussion an. Wir sind generell der Meinung, je teurer eine Kulturhalle oder ein soziokulturelles Zentrum angesetzt ist, um so weniger ist es für die freie Kulturszene geeignet. Wir hätten gerne eine günstige Lösung.

Wir wünschen uns, dass die Kultur-Verwaltung mit möglichen Betreibern und interessierten Kulturschaffenden frühzeitig zusammen arbeitet.

Alles hängt mit Allem zusammen. Wir bearbeiten zurzeit die Pläne und rufen hiermit alle auf, die mitmachen wollen, sich zu beteiligen.

Bernd Müller  
Meldet euch unter:  
kontakt@kufa.ev-bs.de

1 JAHR  
Kufa e.V.  
Kufa  
SOMMER



Libre  
FEST

LIVE MUSIK  
AKTIONEN  
FÜR KINDER  
KUNSTMARKT  
PARTY

DRINNEN & DRAUSSEN  
EINTRITT FREI!

SA. 05.07. ab 16 UHR  
Naturfreundehaus  
Schrotweg / am Südsee  
Info: www.kufa.ev-bs.de



## „Ein neues FBZ, sofort!“



„Mehr freie Kultur“

...weiter von Seite 1

Struktur der JVA bietet viele Möglichkeiten. Durch Mieten und Eintrittsgelder lässt sich das Zentrum vielleicht auch kostenneutral gestalten.

### Einführung eines Umweltdiploms für Kinder

Zitat über das Umweltdiplom Darmstadt: „Das Darmstädter Umweltdiplom ist ein umwelt- und freizeitpädagogisches Aktionsprogramm, das seit 2003 von der Wissenschaftsstadt Darmstadt in Kooperation mit Umweltverbänden, naturnahen Vereinen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Wirtschaftsunternehmen und themenorientierten Initiativen angeboten wird. Es richtet sich an zehn- bis zwölfjährige Kinder. Ziel ist, dass sich die jungen Menschen mit Natur-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen vertraut machen und mit den Akteuren und Aktivitäten in Kontakt kommen können. Inzwischen haben uns schon tausende neugierige Kinder gelehrt, dass sie auf-

geweckte Forscher und begeisterte Entdecker, sowie geduldige Tüftler und ideenreiche Künstler sein können, die alljährlich geradezu auf die Veranstaltungen zum Darmstädter Umweltdiplom warten, diese in kürzester Zeit belegen und oft bedauern, wenn sie „zu groß“ dafür geworden sind.“ Die Kinder werden am Ende mit einer Umweltdiplom-Urkunde ausgezeichnet. Ein solches Diplom ist auch für Braunschweiger Kinder wünschenswert. Ein guter Träger wäre das Waldforum Ridagshausen. Sponsoren für diese Idee müssten sich finden lassen.

### Schwimmen in der Oker

In den 50er Jahren wurde das Baden in der Oker verboten, weil die Wasserqualität zu schlecht war. Das Wasser in der Oker hat heute praktisch wieder Trinkwasserqualität, so dass an ausgewählten Orten das Baden wieder erlaubt werden kann. Dies wäre besonders für die Dörfer interessant, die kein

eigenes Schwimmbad haben und in denen es genug Engagement gibt, um einen Badebetrieb an der Oker ehrenamtlich zu organisieren. Benötigt wird lediglich ein Rettungsschwimmer, der während des Badebetriebs aufpasst. Eine Kooperation mit der DLRG ist denkbar. Auch für Schulklassen wäre es spannend, in der Oker baden zu gehen. Günstiger lässt sich das Badeangebot in den Sommermonaten nicht verbessern. Aus den „Anbadetagen“ kann man auch kleine Dorffeste machen.

### Umwandlung der Ortsbüchereien in Stadtteilzentren

Braunschweig hat 18 Ortsbüchereien, die jedoch nur 2 bis max. 7,5 Stunden wöchentlich geöffnet sind. Die Büchereien eignen sich ideal, um kleine soziokulturelle Zentren in den Ortsteilen einzurichten. Hierfür wird nicht viel benötigt: Ein paar Tische und Stühle. Eine Kaffeemaschine. Und ehrenamtliche Kräfte. Der Büchereibetrieb bleibt weiterhin erhalten, nur die Öffnungszeiten werden verlängert. Gruppen können die Räume für Seminare (z.B. Yoga, Schreibwerkstätten, Stricken) nutzen. Regionale Musiker und Schriftsteller sind oft auf der Suche nach Auftrittsorten. Die Kontaktstelle Musik Region Braunschweig und das Literaturbüro können zusammen Lesende und Unplugged-Konzerttournees in den Büchereien veranstalten.

### 1000 Löwen für Braunschweig

Ähnlich wie in Berlin, wo von Künstlern gestaltete Bären an vielen Stellen der Stadt aufgestellt sind, bietet es sich für Braunschweig an, dass 1000 von Bürgern und Künstlern gestaltete Löwen-Skulpturen im gesamten Stadtgebiet aufgestellt werden. Die Löwen werden in Gips oder einem ähnlichen Material modelliert. Diese Aktion dient der künstlerischen Gestaltung des öffentlichen Raums und ist angelehnt an Joseph Beuys Landschaftskunstwerk „7000 Eichen – Stadtver-

waldung statt Stadtverwaltung“. Sie lädt dazu ein, durch Braunschweig zu spazieren und an den unterschiedlichsten Stellen von Bürgern gestaltete Löwen zu entdecken. Finanziert werden kann das Projekt durch den Verkauf von Löwen an Unternehmen und Bürger.

### Essbare Stadt

Die Stadt Andernach gibt nur noch 10 % ihrer ursprünglichen Kosten für die Pflege der Grünflächen aus, weil sie auf den Flächen Nutzpflanzen anbaut, die kostenlos von den Bürgern geerntet werden können - die Flächen müssen nicht jedes Jahr neu bepflanzt werden und lassen Platz für Bürgerengagement in den Stadtteilen. Diese Idee hat auch viele positive „Nebenwirkungen“ wie Zusammenhalt stärken, Freude teilen und gemeinsames Essen. Für Parkflächen, die als Park erhalten bleiben sollen, ist auch eine Pflege der Grünanlagen durch Paten und Anwohner denkbar.

### Kaufhaus für regionale Kunst & Kleinkunst

Viele Künstler und so genannte Kleinkünstler haben keine Möglichkeit, in der Innenstadt ihre Waren auszustellen. Beim Dawanda, dem Online-Marktplatz für Selbstgemachtes und Unikate verkaufen mehr als 50 Personen aus der Region ihre selbst hergestellten Produkte. Viele von ihnen sind Mütter, die in ihrer Freizeit kreativ tätig sind. Der Nachteil vom Online-Kauf sind jedoch die Portokosten und dass man das Produkt nicht in die Hand nehmen kann. Ein Kaufhaus bzw. eine Galerie für regionale Kunst- und Kleinkunst ist sinnvoll, um die Kunsthandwerker und Künstler zu fördern und bekannter zu machen. Die Idee lässt sich auch kostenneutral gestalten. Der Hortentunnel bietet viel Raum für Verkaufsfläche und ist zurzeit nicht im besten Zustand. Ein Kunstkaufhaus bietet sich an, um den Raum zu attraktivieren. Der Verkauf lässt sich mit einer Genossenschaft or-

ganisieren, in der die Kunsthandwerker ihre Arbeitszeit je nach Möglichkeit selbst einteilen. Dieses Modell ist besonders für arbeitslose kreative Mütter attraktiv, die aufgrund familiärer Pflichten dem Arbeitsmarkt nicht voll zur Verfügung stehen. Das Projekt wird sich also auch finanziell für die Stadt lohnen. Es ist auch eine Kooperation mit Friedrich Knapp denkbar, dem das seit längerer Zeit leer stehende „Reinicke + Richau“-Gebäude gehört. Ein schöner Name für das Projekt wäre: „Qkau“ als Abkürzung von „KunstKAUFhaus“.

### Lichtkonzept „Buntes Braunschweig“

Die Braunschweiger Innenstadt ist langweilig illuminiert. Ein Lichtkonzept für die Innenstadt, das alle Laterne der Fußgängerzone mit einbezieht und bei dem zum Beispiel einzelne Straßen in einer Farbe beleuchtet werden, würde die Attraktivität der Stadt erhöhen und wäre auch eine Touristenattraktion. Die Kosten für ein einfaches Lichtkonzept sind relativ gering, da lediglich die „Glühbirnen“ in den Straßenlaternen durch bunte Lichter ersetzt werden müssen. Ähnliche Effekte lassen sich auch günstig mit professioneller Folie erzielen, wie sie in der Bühnentechnik verwendet wird. Ebenso könnte auch das einfache Konzept aus der Bewerbungsschrift zur Kulturhauptstadt 2010 dauerhaft umgesetzt werden: „Im Jahr 2010 ordnet ein Illuminations- und Farbfestival den verschiedenen historischen Siedlungskernen – Magniviertel, Altstadt, Neustadt, Hagen, Sack – eine bestimmte Farbe zu.“ Finanziert werden kann das Projekt auch über den Verkauf von Spektralbrillen mit Braunschweig-Logo, durch die das Licht in allen Farben des Regenbogens strahlt. Diese Brillen sind ein einzigartiges Souvenir, das besonders jugendliche Touristen und Kinder begeistern kann.

Alle 125 Ideen für Braunschweig finden Sie unter diesem Link:  
www.tinyurl.com/buergerbs

# Stolperstein auch für politisch Verfolgte

Seit vielen Jahren wird an Menschen, die im Faschismus politisch Widerstand leisteten und dafür im Konzentrationslager litten oder ihr Leben verloren haben, mit einem Stolperstein erinnert. In Braunschweig hat sich der Verein Stolperstein e.V. dieser Aufgabe verschrieben, der für die Präsentation der Lebensgeschichte von Betroffenen sorgt und mit dem Kölner Künstler Günther Demnig die Verlegung der von ihm geschaffenen Stolpersteine organisiert. 2014 werden Martha und Rudolf Claus sowie Minna Faßhauer als politisch Verfolgte mit einem Stolperstein gewürdigt. Ihre Lebensläufe wurden am 25. März im Roten Saal des „Schlosses“ von den Unterzeichnern präsentiert.

## Stolpersteine für politisch Verfolgte Martha Claus

Martha Deneke wurde 1893 in Braunschweig geboren, wo sie auch bis 1907 die Volksschule besuchte. Sie erlernte das Putzmacherhandwerk. 1930 heiratete sie ihren Mann Rudolf Claus. 1931 trat sie in die KPD Braunschweig ein. Nach einem Besuch Rudolfs im Berliner Gefängnis wurde sie verhaftet und in Schutzhaft genommen.

Durch die Gestapo wurde sie nach Braunschweig überführt und anschließend ins KZ Moringen gebracht, wo sie trotz Magenoperation schwer körperlich arbeiten musste. Sie wurde 1938 entlassen, stand aber weiterhin bis 1940 unter Polizeiaufsicht.

1949 erwirkte sie die Aufhebung des Urteils, und der Kampf um die materielle Entschädigung für die Ermordung von Rudolf begann. 1953 wurde ihr eine Berufsunfähigkeitsrente von 140 DM zugestanden. Nach einer Krebserkrankung starb Martha Claus am 02.01.1962 in Braunschweig

## Rudolf Claus

Rudolf Claus wurde am 1893 in Gliersmarode geboren. Aktiv im „Braunschweiger Bildungsverein Jugendlicher Arbeiter“ organisierte er sich 1912 in der SPD. 1915 zog er kriegsbegeistert an die Front und kehrte nach einer Verletzung zwar mit Auszeichnungen, aber als Kriegsgegner zurück. 1918 trat er der USPD bei, war Mitglied im Arbeiter- und Soldatenrat, trat 1919 in die KPD ein und wechselte später zur KAPD.

In den Wirren der 20er Jahre wurde er mehrfach verhaftet. Seine letzte legale Arbeit war in der Stadtgärtnerei Braunschweig. Entlassen wurde er vermutlich von Ministerpräsident Klagges, der in staatlichen Stellen keine Regimegegner zuließ. Rudolf Claus wurde Instrukteur der Roten Hilfe. Er lebte illegal bis zur Verhaftung 1934 überwiegend in Berlin. Bei

den Verhören wurde er misshandelt und gefoltert. Der Prozess begann 1935 vor dem Zweiten Senat des Volksgerichtshofes in Berlin, der ihn aufgrund seiner Kommunistischen Gesinnung zum Tode verurteilte. Gegen dieses Urteil gab es Internationale Proteste aus Politik, Gewerkschaften und von Kulturschaffenden.

Heinrich Mann schrieb einen Essay „Es kommt der Tag“. Rudolf Claus lehnte den Rat seines Verteidigers ab, ein Gnadengesuch wegen seiner Verletzung und Auszeichnung im Ersten Weltkrieg beim „Führer“ zu stellen. Im Juli wird er nach Plötzensee überführt. Das Urteil wurde am 17. Dezember 1935 durch den Scharfrichter vollstreckt, der ihn mit dem Handbeil köpfte.



Minna Faßhauer war 1918 die erste Ministerin in Deutschland. Sie beendete die kirchliche Schulaufsicht im Freistaat Braunschweig

## Minna Faßhauer

(10.10.1875 – 28.07.1949)

Sie kam Anfang des letzten Jahrhunderts nach Braunschweig und verdingte sich als Dienstmädchen, wusch auch den Leuten die Wäsche. 1899 heiratet sie Georg Faßhauer, durch den sie sozialistische Schriften kennenlernt: illegale Diskussionen im „Bildungsverein jugendlicher Arbeiterinnen und Arbeiter“.

Frauen war es gemäß dem Vereinsgesetz bis 1908 zwar gestattet, sich karitativ für andere zu betätigen, aber unter Strafe verboten, für die eigenen Belange politisch tätig zu werden. Unter illegalen Bedingungen war sie daran beteiligt, dass dieses Vereinsgesetz fiel.

Für die Organisationen der Arbeiterschaft war sie in der Frauenarbeit und als Gewerkschafterin aktiv: bei der Bildung von Kinderschutzkommissionen und Schaffung von Kinderkrippen und Kindergärten hat sie großen Anteil, ebenso an der Schaffung eines zentralen Arbeitsnachweises, der der Arbeitslosigkeit entgegen wirken soll.

Während des Ersten Weltkrieges arbeitet sie im Interesse der Arbeiterfrauen im „Nationalen Frauendienst“ mit, der sie 1916 aber ausschließt: mit ihrer Haltung gegen die Kriegskredite an der Seite Karl Liebknechts habe sie den nationalen Boden verlassen. Der SPD-Vorsitzende Genzen bescheinigt ihr, sie habe rechtzeitig die Gefahren des Weltkrieges erkannt

Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch und einem bis heute einmaligen Generalstreik, mit dem der Putsch niedergeschlagen und die junge Republik gerettet wurde, folgen Massenverhaftungen von Kommunisten. Der Terror gegen die Arbeiterschaft verschonte auch Minna Faßhauer nicht: Als in Braunschweig Sprengstoffanschläge verübt werden, wird sie verhaftet. Beweise für ihre Beteiligung gibt es bis heute nicht. Diese U-Haft diente den Faschisten nach 1933 dazu, sie als vorbestraft einzustufen. Der SS-Führer Jeckeln wollte Faßhauer als eine der führenden Persönlichkeiten der Arbeiterschaft und Mitglied der Räteregierung verfolgt sehen wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“. Minna Faßhauer wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, und 1935 ins KZ Moringen überführt, aus dem sie 1936 mit einem schweren Magenleiden und einem Gewichtsverlust von 50 Pfund entlassen wird. Im Alter von 74 Jahren erlitt sie während einer Frauenversammlung einen Gehirnschlag. Sie hatte die Frauen und Mütter aufgefordert, dabei mitzuhelfen, dass zukünftige Kriege verhindert würden. Internationale Verständigung unter den Völkern zur Erhaltung eines dauerhaften Friedens für die Menschheit waren ihre letzten Worte.

## Die Stolpersteine

Martha und Rudolf Claus sowie Minna Faßhauer haben im letzten Jahrhundert gegen Nationalismus, Militarismus und zwei Weltkriege gekämpft. Sie haben in der Novemberrevolution die Grundlagen für die heute noch gültige Arbeits- und Sozialgesetzgebung geschaffen. Für die Trennung von Staat und Kirche sowie die Aufhebung der Geschlechtertrennung an den Schulen sorgte Minna Faßhauer.

Diese drei Braunschweiger Persönlichkeiten wurden dafür im Faschismus politisch verfolgt. An sie werden die Stolpersteine erinnern. Sie werden voraussichtlich am 22. Juli verlegt.

Heide Janicki / Paul Pockrandt

## Braunschweiger Gedenkkultur

Der Rat der Stadt Braunschweig hat nicht nur die Ehrung von Minna Faßhauer mit den Stimmen von CDU und SPD abgelehnt, sondern auch die Aufstellung eines Gedenksteins auf ihrer Grabstelle bis heute verhindert. Hintergrund:

2010 erwarb die VVN/BdA, Kreisverband Braunschweig das wiedergefundene Grab von Minna Faßhauer zur Nutzung bis 2025. Um eine würdige Grabgestaltung zu diskutieren wurden Gewerkschaften, Parteien und die Fraktionen im Rat der Stadt eingeladen. 2012 ging der Auftrag an den Künstler Tobias Vergin, einen Gedenkstein zu schaffen. Ermöglicht wurde das durch Mittel aus der Minna-Faßhauer-Stiftung der damaligen Linksfraktion im Niedersächsischen Landtag, von Bündnis90/Die Grünen, der DKP, von Einzelpersonen sowie eigenen Mitteln.

Anfang 2013 stellte die VVN den Antrag zur Aufstellung des Gedenksteins. Er basierte auf dem mit der zuständigen Stelle bei der Stadt abgestimmten Entwurf. Bis Ende 2013 wurde nicht auf den Antrag reagiert, bis er auf Nachfrage abgelehnt wurde. Ein leeres Grab könne nicht mit einem Grabstein ausgestattet werden, so die Kernaussage. Dagegen reichte die VVN Klage beim Verwaltungsgericht ein. Gleichzeitig stellte sie Antrag auf Wiederbesetzung der Grabstelle, denn die Urne war dem Grab 1978 nach Ablauf der Nutzungsdauer entnommen worden. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt, ist jedoch Bestandteil der Klage.

In Braunschweig hat mittlerweile kaum jemand mehr Verständnis dafür, wie mit dieser historischen Persönlichkeit, die jeder Stadt zur Ehre gereicht, umgegangen wird.

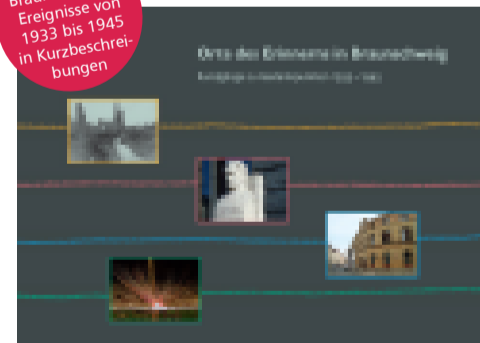
Michael Rose-Gille

## Lesenswert

- Anzeige -

Stolpersteine, Gedenktafeln, Gebäude, Straßen, Firmen und ihre Geschichte werden erklärt.

Zahlreiche Braunschweiger Ereignisse von 1933 bis 1945 in Kurzbeschreibungen



**Orte des Erinnerns in Braunschweig**  
Rundgänge zu Gedenkpunkten 1933–1945

**Herausgeber:** Friedenszentrum Braunschweig e.V.  
**Autoren:** Silke Böhme, Dr. Ingeborg Gerlach, Frieder Schöbel

- Anzeige -

## KARL KRAUS DIE LETZTEN TAGE DER MENSCHHEIT



9. Mai\*  
19 Uhr

„Als zum erstenmal das Wort »Friede« ausgesprochen wurde, entstand auf der Börse eine Panik. Sie schrien auf im Schmerz: Wir haben verdient! Lasst uns den Krieg! Wir haben den Krieg verdient!“

(Karl Kraus)

**Neue Oberschule, Braunschweig, Beethovenstraße**  
**Abendkasse: 12€, ermäßigt 8€**

**Kartenvorverkauf:**  
**Guten Morgen Buchladen:**  
Mo.-Fr.: 9-18.30 Uhr, Sa.: 10-14 Uhr  
**BIBS-Geschäftsstelle:** Rathaus-Altbau,  
Zi. A1.56 u. A1.57, Mo.-Fr.: 10-14 Uhr  
**Die LINKE:** Mo. u. Mi.: 17-19 Uhr  
**VVN:** Di.: 18-19.30 Uhr

## KARL KRAUS DIE LETZTEN TAGE DER MENSCHHEIT

48 Szenen gespielt von Erich Schaffner

Weltkrieges wurzelt im Nationalismus und Militarismus, der schon im Ersten Weltkrieg die Interessen des Großkapitals bediente: Not, Elend, Millionen Tote waren das Ergebnis.

- Wir wenden uns gegen die aktuelle Kriegstreiberei, indem wir den Tag der Befreiung vom Faschismus begehen. Damit setzen wir ein Zeichen im Sinne Karl Kraus'.



# Schulen und Kinderarmut in Braunschweig - Interview

**Ein Blick zurück und nach vorn**  
**Interview mit Brunhilde Eilers und Jürgen Reuter zum Thema Schulen und Kinderarmut in Braunschweig. Beide sind Mitglieder des Schulausschusses und Mitglieder des GEW-Kreisverbandes Braunschweig.**

Beide Interviewpartner wünschen sich einen verstärkten räumlichen Ausbau der Ganztagschulen, und zwar nach einem pädagogischen Konzept. Das bedeutet, dass neben Unterrichtsräumen und einer Mensa auch Spielräume, Freizeiträume, Rückzugsräume usw. eingerichtet werden.

Das alles erfordert neben Geld auch die Mitarbeit der Beteiligten. Bei der Planung für die neue IGS West hat sich gezeigt, dass dies im Rahmen von PPP nicht zu leisten gewesen wäre.

Brunhilde Eilers und Jürgen Reuter sehen die neue Wilhelm-Bracke-Gesamtschule daher als eine Art Pilotprojekt, das ein Umdenken in der räumlichen Schulplanung einleiten sollte.

Nicht mehr Hoch-Tief solle in Zukunft den Ausbau von Ganztagschulen betreiben, fordern die beiden, sondern städtische Wohnungsbaugesellschaften. Beim Thema Kinderarmut hat sich nach Darstellung der beiden Pädagogen Wesentliches im präventiven Bereich verbessert.

Zwar existieren nach wie vor die sozialen Brennpunkte Weststadt, Westliches Ringgebiet, Bebelhof, Siegfriedviertel, aber dank eines gut funktionierenden Netzwerks von unterstützenden Organisationen ist in den letzten Jahren ein Stand erreicht worden, der den vergleichbarer Städte übertrifft. Wichtig sei Kontinuität, und daran fehle es öfters bei den Stiftungen, die bevorzugt Projekte zeitlich begrenzt förderten.

In den Problembereichen sei aber Kontinuität und Verlässlichkeit vonnöten, da sich in unserer Gesellschaft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffne. Lobend erwähnten beide Experten den von der Stadt betriebenen

kontinuierlichen Ausbau der Kindertagesstätten zu Familienbildungszentren. Auch für die Grundschulen in bestimmten Schulbezirken sei dies erstmal als zeitlich begrenztes Projekt vorgesehen. Geplant sei u.a. Elternbildung und -beratung vor Ort im Stadtteil.

Der von den „Oppositionsparteien“ im Rat seit langem angeforderte Schulentwicklungsplan sei in Arbeit, versicherten sie abschließend. Die Bedarfe, auch für eine sechste IGS, würden nun gründlich geprüft. Die Stadt habe eigens eine neue Stelle zur Koordinierung geschaffen.

Eine Öffnung der Schulen in die Region sei wünschenswert, so dass auch Schüler aus den Landkreisen rund um Braunschweig hier die Schulen besuchen könnten. Die Neugestaltung der Region(en) dürfe sich nicht nur nach dem Steueraufkommen richten.

Es müsse vielmehr ein gleichwertiges Bildungsangebot für alle gesichert werden. *Ingeborg Gerlach*

## „Mehr Geld gegen Kinderarmut“

**BÜRGER  
INITIATIVE  
BRAUNSCHWEIG**



### „Jetzt 6. IGS vorbereiten“

## Jobcenter BS schaltet seine „Kunden“ ab

Das zur Hälfte von der Stadt Braunschweig betriebene Jobcenter am Hauptbahnhof ist für seine „Kunden“ (also die Arbeitssuchenden) seit Anfang des Jahres telefonisch nicht mehr direkt erreichbar. Wer seinen persönlichen Arbeitsvermittler anrufen will, auch wegen dringender Fragen zu Vorstellungsgesprächen oder Fortbildungen, landet automatisch in einem ausgelagerten Callcenter. Dieses veranlasst dann „innerhalb der nächsten 24 bis 48 Stunden“ einen Rückruf. Pech nur, wenn man gerade auf dem Klo sitzt, während das Telefon klingelt. Dann kann man sich als „Kunde“ des Jobcenter BS wieder hinten in der Telefon-Warteschleife anstellen. *(kno)*

## Täuscht CDU-Kandidat Brandes beim Hortentunnel?

Warum denn die Reparatur der Rolltreppen immer noch nicht erledigt sei, wollte ein Anwohner von Herrn Brandes wissen. Antwort: „...wenn man die alten Rolltreppen erhalten wollte, müsste man die alten Rolltreppen durch neue austauschen, was Kosten von 1,7 Millionen € nach sich ziehen würde.“

Das war allerdings gar nicht die Frage des Anwohners, denn längst steht fest, dass die Reparatur lohnt und lediglich 137 Tsd. € kosten soll. Bereits im August 2013 beschwerte sich Herr Höltje (CDU) im Innenstadt-Bezirksrat über die Verbreitung von „absolut falschen Zahlen“ - die Verwaltung habe „durch unrichtige Informationen die Ratsgremien täuschen wollen um eigene, für uns unverständliche Ziele durchzusetzen.“ (Wir berichteten in unserer letzten Ausgabe Nr. 10, Sept. 2013) *(ros)*

## Urteil rechtskräftig - Stadt tut nichts

„Millenium“-Betreiber Werner Lindemann stottert seine Geldbuße über 500.000 Euro wegen der ungenehmigten Aufschüttung von Bauschutt am Madamenweg zur Zeit in Raten ab. Das bestätigte die Sprecherin der Staatsanwaltschaft Birgit Seel auf Anfrage von „unser-braunschweig“.

Dennoch hat die Stadtverwaltung entgegen ihres Versprechens aus dem Februar 2012 noch immer kein Konzept vorgelegt, was mit dem Schuttberg nun geschehen soll. Bereits im September 2012 hatte der damalige Finanzdezernent Stegemann (CDU) öffentlich verkündet: „Nach Abschluss des Verfahrens wird die Verwaltung... das Planverfahren inklusive Gestaltungsvorschläge erneut ins Verfahren geben.“ *(kno)*

# Braunschweiger ADAC-Affären: berechnet oder abgerechnet?

**Wie sich Braunschweigs neuer Finanzdezernent um eindeutige Antworten drückt.**

**Kaum vier Monate im Amt, hat Braunschweigs neuer Finanzdezernent Geiger offenbar schon viel von seinem Rathaus-Chef Hoffmann gelernt. Antworten auf Anfragen seines Auftraggebers, des Rates der Stadt Braunschweig, werden lieber spitzfindig verklausuliert, als die Wahrheit bürgerverständlich zu offenbaren.** Wie anders soll man sonst folgenden Vorfall deuten? Am 6. Oktober 2007 mittags erhob sich ein leuch-

tend gelber ADAC-Helikopter in den blauen Himmel über dem Flughafen Braunschweig. An Bord waren außer den Piloten der Fotograf eines lokalen Anzeigenblättchens und die Gattin des Verlegers. Zum „Luftrettungstag“ des Autofahrer-Clubs hatte der ADAC Niedersachsen/Sachsen-Anhalt (damaliger Präsident: der Braunschweiger CDU-Ratscherr Reinhard Manlik) einen kostenlosen „Fotoflug“ mit dem öffentlich bezahlten Fluggerät arrangiert. Auch ein so genannter „Scheinanflug“ auf das städtische Braunschweiger Klinikum Holwedestraße

war im Gratisangebot all inclusive. Städtische Krankenhausbedienstete mit einer Krankentrage standen gemäß vorheriger Absprache mit dem Klinikum am Landepunkt als Foto-Statisten Spalier.

Eine schöne PR für das privatwirtschaftliche Wochenblättchen und die privatwirtschaftliche ADAC Luftrettung GmbH. Aber: „Zum Hubschrauber-Rundflug ... stellen wir die Frage, ob dafür Start-/Landegebühren abgerechnet worden sind“, wollte die BIBS-Fraktion am 30. Januar 2014 in einer Anfrage vom neuen Dezernenten

Geiger wissen. Die magere Antwort: „An diesem Tag wurden nach unseren Aufzeichnungen für sämtliche Hubschrauberflüge die hier anfallenden Entgelte berechnet.“ Und auch tatsächlich abgerechnet?

Keine Antwort dazu. Ebenso schuldig bleibt Hoffmanns Dezernent die Antwort auf die Frage, ob Gebühren für Starts und Landungen des Nobel-Ausstellungsstücks am „Flugtag“, des zweistrahligen ADAC-Ambulanzjets D-BADA, entrichtet wurden.

Nur mit Mühe und Not war die Stadt Braunschweig einer Blamage nach dem heroischen „Luftrettungseinsatz“ eines ADAC-Hubschraubers als fliegender Fön für den nassen Eintracht-Rasen entgangen. „Erst nach Intervention des Innenministeriums“ soll „nachträglich eine Abrechnung“ von der beauftragenden Braunschweiger Stadthallen-GmbH bezahlt worden sein. Hoffmann's Geiger für die stadteigene Stadthallen-GmbH: „Von einer Rüge des Niedersächsischen Innenministeriums ... ist der Geschäftsführung nichts bekannt“. Dieses wurde auch nie behauptet. Die BIBS-Fraktion hatte nie zu einer Rüge angefragt, sondern zu einer viel peinlicheren Intervention, also einem aktiven Eingreifen des Ministeriums in ein noch laufendes Verfahren.

Abgerechnet werden zu den Flügen kann von den Bürgerinnen und Bürgern am Tag der Oberbürgermeister-Wahl. *(kno)*



**Die ADAC-Spitze mit CDU-Ratscherr Reinhard Manlik (links im braunen Anzug) am 3.10.2007 vor der Stadthalle Braunschweig.**

Foto: Klaus Knodt



**Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern.**

Spendenkonto: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)  
 Kto. Nr. 151 322 195 bei der Braunschweigischen Landessparkasse (BLZ 250 500 00), Stichwort „Spende“.

**Als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!**

## Impressum

Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)  
 redaktion@buergerninitiativen-braunschweig.de  
 VisDp: Werner Barnstorff, Pregelstraße 8, 38120 Braunschweig  
 Redaktion: Ingeborg Gerlach  
 Druckerei: Druckhaus Schläger GmbH & Co. KG  
 Wolterfer Straße 116-118, 31224 Peine

## Herr Manlik, treten Sie zurück

**Kommentar von Klaus Knodt**  
 Persönliche Worte an den ehemaligen ADAC-Vorsitzenden und immer noch Aufsichtsratsvorsitzenden der Flughafengesellschaft, Reinhard Manlik.

Es ist eine Sache, der Stadt einen ADAC-Hubschrauber zum Rasenfönen des Eintracht-Stadions anzudienen; da blieb nur das Geschmäcke einer Eigenmächtigkeit des seinerzeitigen ADAC-Vorsitzenden und CDU-Ratscherr Reinhard Manlik. Es ist eine ganz andere Sache, als Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafengesellschaft in eigener ADAC-Angelegenheit die Aufklärung, ordnungsgemäße Abrechnung und Bezahlung von Landegebühren aussetzen zu wollen. Denn Herr Manlik kennt als Mitglied im Verwaltungsausschuss sowohl die präzisen Fragen zur Abrechnung wie auch die gewundenen Antworten der Hoffmann-Verwaltung.

**Herr Manlik, brechen Sie Ihr Schweigen oder treten Sie nun auch als Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafengesellschaft zurück!**